

▷ „Politik in der Region“

Chronik der politischen Kultur?

Zeitleiste

1986

- im Juni Pfeiffer bewirbt sich erfolglos bei der niedersächsischen Landesregierung um Pressesprecherstelle und weist auf seine Fähigkeit hin, "Linke hereinzulegen".
25. August Dr. Barschel fragt Tamm nach Journalisten für Pressestelle der Landesregierung.
30. September Vertrag Pfeiffers mit Axel-Springer-Verlag.
04. November Vermittlungsgespräch zwischen Rattmann ("Springer"-Verlag) und Pfeiffer.
07. November Treffen Pfeiffer/Behnke in Hamburg.
17. November Pfeiffer wird Dr. Barschel in Steinhorst vorgestellt (Einstellungsgespräch).
02. Dezember Pfeiffer beginnt seine Honorartätigkeit in der Pressestelle der Landesregierung.
07. Dezember Brief Pfeiffers an Rattmann, dem er mitteilt, daß seine in Kiel begonnene Tätigkeit "im wesentlichen so beschrieben werden kann: Das Image des Ministerpräsidenten einerseits aufzupolieren, andererseits das Ansehen des Gegenkandidaten wirkungsvoll zu demontieren". Pfeiffer kündigt an, daß er über den Verlauf seiner Tätigkeit "regelmäßig berichten werde".
- im Dezember Pfeiffer erhält vom "Springer"-Verlag insgesamt 68.000,00 DM (Gehaltsdifferenz Verlag-StK, Dezembergehalt und Weihnachtsgeld).
24. Dezember Brief Pfeiffers an Rattmann.
30. Dezember Brief Pfeiffers an Dr. Barschel, den er um ein persönliches Gespräch unter vier Augen bittet. Weiter teilt Pfeiffer mit, daß er bei dem Vorstellungsgespräch "nicht so den Eindruck hatte, als ob Sie von einer positiven Referenz Ihres Parteifreundes Bernd Neumann bezüglich meiner Person überzeugt waren".
- #### 1987
02. Januar Offizieller Dienstbeginn Pfeiffers.

II

05. Januar Pfeiffer stellt eine PR-Liste "Vorschläge für PR-Aktionen mit dem Ministerpräsidenten" auf und legt diese Ahrendsen vor.
- erste Januarhälfte Dr. Ballhaus wendet sich an Dr. Barschel und bittet um dessen Fürsprache in der Dioxanproblematik beim Bundesgesundheitsministerium.
09. Januar Zirka halbstündiges Gespräch Dr. Barschels mit Pfeiffer. Pfeiffer will von Dr. Barschel Auftrag erhalten haben, die Steuererklärung Engholms überprüfen zu lassen.
09. Januar Pfeiffer wendet sich an Kripo-Beamten Herrmann in Bremen, um für eine Observation eine "seriöse" Detektei ausfindig zu machen.
- 12.-13. Januar KB Herrmann ruft Piel an und avisiert Anruf Pfeiffers.
13. Januar Erstes Telefonat Pfeiffer/Piel.
- 14.+15. Januar Weitere Telefonate Pfeiffer/Piel.
- Mitte Januar Dr. Ballhaus will von einem anonymen Anrufer vertrauliche Informationen zum Thema "Dioxan-Monitor" zum Preise von DM 50.000,00 angeboten erhalten haben; die Zahlung soll über eine "seriöse" Detektei abgewickelt werden.
- Mitte Januar Pfeiffer wendet sich an Ahrendsen zur Ermittlung der Einkünfte Engholms (so Pfeiffer) bzw. zur Beantwortung einer Presseanfrage aus dem Bremer Raum (so Ahrendsen); Ahrendsen ruft Ministerialrat Asmussen an.
15. Januar Pfeiffer telefoniert mit Schulz-Streeck wegen Unterschrift unter Anzeige.
15. Januar Pfeiffer kündigt in seiner Hotelunterkunft dem Hotelgast Flessenkämper an, die Zeitungen würden demnächst von einer Affäre aus Schleswig-Holstein berichten, die gravierender als die "Kiesling-Affäre" sei.
16. Januar MR Asmussen beauftragt Mitarbeiterin mit der Erarbeitung eines Vermerks über Einkünfte Engholms.
19. Januar Asmussen übergibt Vermerk an Pfeiffer; in dem Vermerk sind die Sonderzuwendungen an Fraktionsvorsitzende nicht erwähnt.

III

20. Januar Weitere Telefonate Pfeiffer/Piel.
20. Januar Pfeiffer telefoniert mit dem Dithmarscher Kreisgeschäftsführer der CDU, Thiessen, um eine Person zu finden, die ihren Namen für eine "Pressegeschichte" oder einen "Leserbrief" zu geben bereit ist, da ein namhafter SPD-Politiker Steuern hinterzogen haben soll.
20. oder 21. Januar Pfeiffers handschriftliche Textentwürfe für eine anonyme Anzeige und für das Piel-"Angebot" an Dr. Ballhaus; von Jutta Schröder wird die maschinenschriftliche Fassung hergestellt.
21. Januar Pfeiffer telefoniert mit Finanzamt Lübeck
21. Januar Pfeiffer ruft als "Lindemann" Rechtsanwalt Peperkom und die Landtagsverwaltung an, um die Höhe der Sonderzuwendungen an Fraktionsvorsitzende zu erfahren.
22. Januar Im Postamt Kiel 26 werden die Einschreiben Nummern 683 bis 685 aufgegeben (anonyme Anzeige).
23. Januar Eingang der Anzeigen beim Finanzamt Lübeck und beim Finanzministerium.
23. Januar Einschreiben Nr. 683 geht bei Postsammelstelle der Staatskanzlei ein und wird von der Sekretärin Dr. Barschels am 26. Januar in Empfang genommen.
23. Januar Pfeiffer telefoniert mit dem Leiter des Finanzamtes Lübeck, ob Anzeige eingegangen ist.
24. Januar Pfeiffer trifft sich in Bremen mit Piel und übergibt Entwurf des "Angebots" der Detektei Piel an Firma Schwarzkopf bezüglich einer Sicherheitsanalyse.
27. Januar Pfeiffer trifft sich mit Detektiv Dierken im Landeshaus. Beginn der ersten Observationsphase.
27. Januar Der Leiter des FA Lübeck, Dr. Förster, teilt telefonisch dem Finanzministerium mit, daß die Überprüfung der Steueranzeige nichts ergeben habe.

IV

05. Februar	Pfeiffer ruft vom Apparat Ahrendsen Engholms-Privatanschluß an. Unter dem dabei verwandten Pseudonym "Dr. Wagner" trat in den Vorjahren auch Pfeiffers Freund Postel auf.
erste Februarwoche	Hinweis Pfeiffers an Piel auf möglichen Arztbesuch Engholms verbunden mit der Aufforderung, am 09. Februar die Observation fortzusetzen.
09. Februar	Wiederaufnahme der Bespitzelung Engholms.
09. Februar	Pfeiffers Geburtstag und Beginn privater Beziehung zu Jutta Schröder.
10. Februar	Auf dem Konto des Detektivs Piel wird der Betrag von DM 14.250,00 gutgeschrieben (Anweisung Fa. Schwarzkopf).
10. Februar	Abbruch der Bespitzelung in Blumenthal.
11. Februar	Kriminalhauptkommissarin Riege ruft Nilius an und setzt ihn über "verdächtige Beobachtungen" in Kenntnis.
12. Februar	Kripo Lübeck ermittelt die Anmietung des Observationsfahrzeuges.
12. Februar	Kriminalhauptkommissarin Riege teilt Nilius mit, daß keine Gefährdung Engholms vorliege.
12. Februar	Dr. Barschel erkundigt sich bei Finanzstaatssekretär Dr. Schleifer nach der Steueranzeige.
16. und 17. Februar	Telefonate zwischen Pfeiffer, Herrmann und Piel über Abbruch der Observation und polizeiliche Ermittlungen.
17. Februar	Pfeiffer ruft als "Dr. Wagner" bei Engholm und anschließend bei dessen Hausarzt Thoemmes an.
20. Februar	Sicherheitsberatung durch Kriminalpolizeiamt Lübeck bei Engholm unter Teilnahme von Kriminaldirektor Schulz.
Frühjahr	Pfeiffer schreibt anonym auf SPD-Fraktionspapier an Jansen über AIDS-Verdacht gegen Engholm.

V

09. April	Treffen Pfeiffer/Plogmann mit Materialübergabe in Bremen. Plogmann leitet AIDS-Papier später an Mumme ("Bild") mit dem Hinweis: "Weitere Informationen hat H. Pfeiffer, Landesregierung."
Frühjahr	Pfeiffer ruft zweimal unter Grobeckers Bremer Dienstanschluß an und wird von Grobeckers Sekretärin durchgestellt.
22. April	Grobecker ruft bei Pfeiffer zurück.
24. April	Brief Pfeiffers an Dr. Barschel mit abfälligen Bemerkungen über einzelne Kabinettsmitglieder; Dr. Barschel bestreitet Empfang des Briefes.
28. April	Treffen Pfeiffer/Dr. Barschel im Haus B.
01. Mai	Pfeiffer trifft sich mit Dr. Barschel in Mölln
04. Mai	Pfeiffer fälscht unter Mithilfe von Jutta Schröder die Presseerklärung der GRÜNEN.
im Laufe des Mai	Ehepaar Jensen erfährt bei privater Zusammenkunft mit.
(vermutlich 10. Mai)	Engholm von Steuersache und Observation.
31. Mai	Flugzeugabsturz Dr. Barschels in Lübeck-Blankensee, Krankenhausaufenthalt bis 2. August 1987.
Anfang Juni	Broschüre "Betrifft Engholm" wird bekannt.
Mitte Juni	Pfeiffer zieht sich eine Kopie eines ersten Vorwurfs einer Regierungserklärung, den Ministerialrat Lambrecht am 12. Juni erstellt hat.
16. Juni	Der Blumenthaler Bürgermeister Tews berichtet seinem Kreistagsfraktionskollegen Scholz von dem Observationsvorfall am 10. Februar.
25. Juni	Pfeiffer verschafft sich Kopie des am 21. Juni im Ausland abgesandten Briefes der Mutter des tödlich verunglückten Piloten und bietet das Thema dem "Spiegel"-Redakteur Rickelmann an, der den Kieler "Spiegel"-Redakteur Ertel in Kenntnis setzt.
26. Juni	Pfeiffer versucht, die Mutter des tödlich verunglückten Piloten telefonisch zu erreichen.

VI

29. Juni Der SPD-Kreistagsabgeordnete Scholz erzählt seiner Fraktionskollegin Bruhn von einer Bespitzelung Engholms.
30. Juni Eintragung "Nilius" in Jutta Schröders Terminkalender.
07. Juli Eintragung "Nilius" in Jutta Schröders Terminkalender.
- bis Mitte Juli Der ehemalige SPD-Fraktionsreferent Neiß erfährt in einem Telefongespräch mit seinem früheren Kollegen Michels, daß etwas "Ungeheures aus der Staatskanzlei gegenüber dem Spitzenkandidaten der SPD (laufe)".
16. Juli (Donnerstag) Dreimalige telefonische Kontaktaufnahme Pfeiffers mit dem Büro Grobeckers.
16. Juli Eintragung "Nili" in Pfeiffers Terminkalender. Treffen von Pfeiffer und Nilius im Legienhof; Nilius unterrichtet anschließend Engholm über den Gesprächsinhalt.
- in der Folgezeit bis September Über die nachfolgend dargestellten Treffen hinaus erhält Nilius von Pfeiffer Unterlagen per Hauspost ("braune Briefe") und telefoniert mehrfach mit ihm.
17. Juli (Freitag) Pfeiffer ruft Nilius unter seiner Hamburger Privatnummer an. Für den folgenden Tag wird ein Besuch Pfeiffers in Hamburg verabredet.
17. Juli Treffen der Landesgeschäftsführer wegen Fairneßabkommen, dessen Vereinbarung scheitert.
18. Juli (Samstag) Pfeiffer sucht Nilius in dessen Hamburger Privatwohnung auf und übergibt (so Nilius) Regierungserklärungsentwurf. Pfeiffer will Nilius nachfolgend noch ein weiteres Mal in dessen Privatwohnung aufgesucht haben.
18. oder 19. Juli (Wochenende) Engholm ruft bei dem zwischenzeitlich pensionierten KD Schulz in dessen Privatwohnung an und fragt ihn, ob er den Hintergrund der früheren Bespitzelung in Blumenthal (am 10. Februar 1987) kenne.

VII

20. Juli (Montag) Auf der SPD-Veranstaltung in Raisdorf berichtet Nilius im Beisein von Engholm dem SPD-Kreistagsabgeordneten Leise über einen "Informanten aus der Staatskanzlei" und erwähnt die Machenschaften "Steueranzeige" und "Bespitzelung".
21. Juli Treffen zwischen Nilius und Pfeiffer.
23. Juli KD Schulz fragt beim KPA Lübeck nach und zieht Verbindung zum Scheitern des Wahlkampfabkommens.
25. oder 26. Juli (Wochenende) Rückruf von KD Schulz bei Engholm und Mitteilung, daß allein das KPA in Kiel die erbetenen Auskünfte geben könne.
27. Juli Engholm beauftragt Nilius, beim KPA Kiel wegen der Hintergründe der Vorgänge in Blumenthal nachzufragen.
27. Juli Treffen von Nilius und Pfeiffer.
- Zweite Julihälfte Nilius erhält von Pfeiffer eine Kopie des Pilotenmutter-Briefes, die weiter an den "Stern" gelangt.
28. Juli Pfeiffer fragt telefonisch beim Bremer Polizeipräsident Diekmann nach der Möglichkeit einer Wanzenbeschaffung.
28. und 29. Juli Nilius holt beim KB Zimniak im KPA die Auskünfte ein und wird über alle vorhandenen Erkenntnisse informiert; ihm wird auch der Name der Detektei Piel in Bremerhaven, nicht jedoch die Namen der ermittelten Detektive mitgeteilt.
30. Juli (Donnerstag) "Stern"-Bericht über Dr. Barschels Flugzeugabsturz mit Veröffentlichung des Heise-Briefes. Dr. Barschel gibt daraufhin Pressekonferenz in Mölln, auf der sich auch Nilius informiert.
31. Juli (Freitag) Engholm erkundigt sich telefonisch beim stellv. Leiter des FA Lübeck (Sauer), ob dort Steueranzeige bekannt. Sauer verweist ihn an den FA-Vorsteher Dr. Förster.

VIII

02. August (Sonntag) Engholm ruft beim FA-Vorsteher Dr. Förster unter dessen Privatnummer an und läßt sich berichten, es habe im Januar eine anonyme Anzeige gegeben, die sich als haltlos erwiesen habe. Engholm bittet um eine Kopie der Anzeige; Dr. Förster verweist ihn insoweit an St Dr. Schleifer.
03. August (Montag) Dr. Schleifer bestätigt Engholm das Vorliegen der anonymen Anzeige und die Haltlosigkeit der darin erhobenen Vorwürfe. Auf Bitten Engholms veranlaßt Dr. Schleifer, daß Dr. Förster eine Kopie der Anzeige Engholm übersendet.
03. August (Montag) Treffen Pfeiffer/Nilius.
- Anfang August Nilius unterrichtet Engholm mündlich über seine im KPA Kiel erhaltenen Informationen.
- Im Laufe des August
- Engholm gibt u.a. Jansen, Bömsen, Dr. Rave und Dr. Köhler Informationen über die Steueranzeige und/oder über die Bespitzelung.
 - Engholm erkundigt sich beim Bremer Innenminister Kröning nach der Detektei Piel und nach einer Zusammenarbeit zwischen der Detektei und der Innenbehörde im Zusammenhang mit seiner Observation.
- Mitte August Engholm berichtet "Spiegel"-Redakteur Noack von Anwürfen der CDU, die - "von einer umtriebigen Staatskanzlei gemanagt" - seine Glaubwürdigkeit unterminieren solle; Dr. Barschel laufe "ja jetzt schon Amok."
18. August (Dienstag) Landtagsdebatte mit Regierungserklärung Dr. Barschels und Erwiderung Engholms. Der Presstext von Engholms Rede zitiert eine Wendung aus Lambrechts ersten später geänderten Entwurf einer Regierungserklärung.
- Mitte August
(vermutlich 19.08.) Am Rande einer Ausstellungseröffnung (vermutlich) in den Räumen der SPD-Landtagsfraktion wird Frau Jensen über den Hintergrund der Machenschaften ("Mann von der 'Bild', der jetzt für Barschel arbeitet") unterrichtet.

IX

21. August (Freitag) Artikel in "Frankfurter Rundschau", in dem berichtet wird über die Reaktion der SPD auf "jetzt bekannt gewordene Informationen", daß "eine umstrittene Wahlkampfbroschüre der schleswig-holsteinischen CDU ... von einem Ministerialdirektor in der Staatskanzlei von MP Uwe Barschel und nicht, wie das Impressum ausweist, von der CDU-Parteizentrale in Kiel erstellt worden sein (soll)."
01. September (Dienstag) "Spiegel"-Redakteur Ertel will aus "seriöser und zuverlässiger" Quelle erste schemenhafte Informationen über die Bespitzelung erhalten haben; der Hintergrund der Ausspähung ist für ihn noch nicht erkennbar.
02. September (Mittwoch) Nilius will nach eigenen Angaben dem "Spiegel"-Redakteur Ertel einen Teil seines Wissens (die Machenschaften - ohne Benennung der Urheber) offenbart haben.
02. September Mumme ("Bild") informiert Engholm am Rande eines Interviews über das ihm zugespielte "AIDS-Papier". Engholm berichtet Mumme von einer Observation seiner Person und einer Nachforschung in seinen Steuerangelegenheiten.
- erste September-Woche
(vermutlich 03. September) NDR-Journalist Grossmann will in der ersten September-Woche nachmittags von Nilius zu einem Treffen mit Jansen und Bömsen in das Arcaden-Cafe mitgenommen worden sein, zu dem noch weitere Personen sowie später Engholm stießen. Kellner Neitzel will diese Runde bedient und Gesprächsfetzen gehört haben, die er später in den Zusammenhang der Barschel-Pfeiffer-Affäre rückt.
04. September (Freitag) Die "Spiegel"-Redakteure wollen erst an diesem Tag von der anonymen Steueranzeige erfahren und den Wortlaut des "Homo Sapiens"-Schreibens erhalten haben. Von Engholm erhalten sie die in der ersten "Spiegel"-Veröffentlichung wiedergegebene Aussage, "wenn der 'Spiegel' am Montag darüber berichte, werde er Strafanzeige gegen den anonymen Denunzianten erstatten".

X

04. September RA Schulz erwirkt für den SPD-Landesverband eine einstweilige Verfügung gegen die am Vortag gedruckte CDU-Wahlkampfzeitung wegen des darin enthaltenen Kinder-Sex-Artikels.
05. September (Samstag) Nilius sucht RA Schulz in dessen Hamburger Büro auf, unterrichtet ihn darüber, seit einiger Zeit mit einem Mitarbeiter in der Staatskanzlei Gespräche geführt zu haben, durch den gegen Engholm eine Bespitzelungsaktion initiiert und eine anonym gehaltene Steueranzeige lanciert worden sei. Nilius weist Schulz auf die bevorstehende "Spiegel"-Veröffentlichung hin und bittet darum, rechtliche Schritte zu prüfen. Schulz erklärt sich hierzu für den nächsten Tag bereit, sofern der Bericht des "Spiegel" ihm dann vorliege.
- 05./06. September Telefonat zwischen Pfeiffer und Nilius.
06. September (Sonntag) Nilius übermittelt vormittags RA Schulz ein Exemplar des "Spiegel" mit einem Auftragsschreiben ("Björn bittet dich zu prüfen...")

Schulz teilt Nilius später das Ergebnis seiner rechtlichen Prüfung mit und bittet Nilius auch um die Übermittlung einer formellen Vollmacht.
06. September SPD-Fest auf der Kiel-Linie, Einbeziehung des Arcaden-Cafes; dort treffen sich nachmittags u. a. Engholm, Jansen, Lafontaine, Dr. Rave und Nilius. Am Rande dieses Festes kursiert die "Spiegel"-Veröffentlichung, die auch Gegenstand eines Gespräches im Arcaden-Cafe ist.
07. September (Montag) Erste "Spiegel"-Veröffentlichung.
Der "Spiegel" weiß im Zusammenhang mit der Finanzierung der Observation zu berichten von "einem hochgestellten Informanten aus dem Kieler Regierungsapparat", dem "die Sozialdemokraten einen Hinweis (verdanken), der ihrer Meinung nach den Hintergrund der Spitzel-Affäre erhellen könnte".
07. September Gegen 10.00 Uhr stellt RA Schulz bei der StA Lübeck Strafanzeige. Gegen 11.30 Uhr erhält er zunächst eine im Namen Jansens erteilte Prozeßvollmacht. RA Schulz bittet Dr. Rave daraufhin per Fax um eine Vollmacht von Engholm, die er mittags erhält.

07. September Nilius teilt RA Schulz vormittags telefonisch mit, sein "Gesprächspartner von der anderen Seite" habe sich entschlossen, einem kompetenten Vertreter der SPD alles zu sagen, was er über die gegen Engholm gerichteten Aktivitäten wisse. Für das von ihm (Nilius) arrangierte Treffen mit Jansen am Abend im "Lysia"-Hotel bäte Herr Jansen ihn (Schulz) als Anwalt dabei zu sein.
07. September Nilius verabredet mit Pfeiffer das "Lysia"-Treffen; nachmittags findet laut Pfeiffer noch ein Treffen mit Nilius im Grünen statt.
07. September Der Bonner SPD-Pressedienst "PPP" veröffentlicht Bericht unter der Überschrift "Barschel und die Detektive", in dem es u.a. heißt: "Barschel (läßt) die Maske des Biedermannes fallen und greift zu anderen Methoden. Mit einer Schmutz- und Schnüffelkampagne ohne Beispiel zeigt Barschel sein wahres Gesicht..."
07. September Dr. Schleifer ruft Engholm an und informiert ihn im Zusammenhang mit bevorstehender Pressekonferenz. Engholm gibt dabei seinen Eindruck wieder, daß diese Angelegenheit sehr hoch aufgehängt sei.
07. September Dr. Barschel ruft Dr. Schleifer an und erklärt ihm im Hinblick auf dessen bevorstehende Pressekonferenz, daß die anonyme Steueranzeige nicht durch Bruch des Steuergeheimnisses zustande gekommen sein muß. Dieser Vorwurf war im "Spiegel"-Bericht erhoben worden.
07. September Engholm antwortet dem SDR-Redakteur Jacobi auf die Frage, wie ernst der Inhalt des "Spiegel"-Artikel zu nehmen sei: "Wenn Sie wüßten, was da noch alles im Hintergrund gewesen ist".
07. September Abendliches Treffen im "Lysia"-Hotel in Lübeck; Jansen wird von Pfeiffer über die Machenschaften unterrichtet. Pfeiffer soll dabei angedeutet haben, daß noch etwas gegen die SPD laufen werde.
- Auf Nachfrage von Schulz erklärt sich Pfeiffer bereit, die Kernpunkte seines Berichts vor einem Notar in einer eidesstattlichen Versicherung zu fixieren. Schulz bittet Pfeiffer, ihn am nächsten Tag anzurufen.

Vier-Augen-Gespräch zwischen Jansen und Schulz, an dessen Ende Schulz erklärt, daß er Engholm unterrichten werde.

Schulz bittet Nilius, den Aufenthalt von Engholm festzustellen. Schulz erfährt daraufhin bei einem Zwischenstopp in Hamburg telefonisch, daß er Engholm in Wedel treffen könne.

07. September Schulz informiert nachts Engholm über seine Informationen aus dem "Lysia"-Gespräch. Engholm spricht mit RA Schulz über Dr. Wagner-Anrufe.
- Nilius erkundigt sich nach der Veranstaltung in Wedel telefonisch bei einem Teilnehmer danach, "wie es war", und erfährt dabei, daß "übrigens Herr Schulz kam".
08. September (Dienstag) Pfeiffer telefoniert mit Nilius sowie mehrfach mit dem Büro Schulz; eine Verabredung für den Folgetag wird getroffen.
08. September Pfeiffer kümmert sich erfolglos um Wanzenbeschaffung.
08. September Pfeiffer telefoniert von seinem Dienstapparat aus um 14.13 Uhr mit Dr. Barschel unter dessen Privatanschluß. Dr. Barschel ruft Pfeiffer um 20.07 Uhr von seinem Autotelefon aus an.
08. September Jansen telefoniert mit Grobecker und erkundigt sich über die Person Pfeiffers.
08. September Hans-Jochen Vogel und Anke Fuchs fragen bei Jansen wegen des "Spiegel"-Artikels vom Vortage nach. Jansen erwähnt, daß es Informationen gäbe, daß dies alles stimmen könne und sogar aus der Staatskanzlei unter Beteiligung des MP geplant und organisiert sein könnte.
08. September Der persönliche Mitarbeiter Thiessen übermittelt Engholms Wunsch nach einer Absage aller Wahlkampftermine an den persönlichen Referenten Dr. Köhler. Eine Änderung der Wahlkampfplanung erfolgt nicht; Dr. Rave als Wahlkampfleiter wird nicht informiert.
09. September (Mittwoch) Telefonanlage Dr. Barschels wird in dessen Anwesenheit überprüft.

XIII

09. September Pfeiffer und Jutta Schröder treffen sich mit Nilius bei Schulz. Kurzes Vorgespräch über eine von Pfeiffer vorbereitete Erklärung. Schulz erfährt von Pfeiffer die "Wanzengeschichte". Schulz hält diese für so unglaublich, daß er Pfeiffer auffordert, sie aus der EV herauszulassen. Schulz begleitet Pfeiffer und Jutta Schröder zum Notar Dr. Nümann.
09. September Nilius führt Pfeiffer zu dem Treffpunkt mit den "Spiegel"-Redakteuren Ertel und Uentzelmann, nachdem er zuvor diesen Kontakt verabredet hatte.
09. September Vom Büro des Notars Dr. Nümann werden 4 Ausfertigungen der eidesstattlichen Versicherung Pfeiffers zum Büro Schulz gebracht. Mindestens eine der Ausfertigungen erhält Nilius für Engholm. Die restlichen Exemplare holt Jutta Schröder für Pfeiffer ab, der die eidesstattliche Versicherung beim "Spiegel" vorlegt.
09. September Fernseh-Parteien-Runde mit den Spitzenkandidaten unter Mitwirkung von Grossmann.
10. September TV-Duell zwischen Engholm und Dr. Barschel, das aufgezeichnet und am Abend des 11.09. auf N 3 ausgestrahlt wird.
12. September (Samstag) 2. "Spiegel"-Bericht wird bekannt. Jansen gibt dem ZDF ein Interview für den "Länderspiegel", in dem er leugnet, von Pfeiffer und den Machenschaften aus der Staatskanzlei zuvor gehört zu haben.
- Jansen ruft Grobecker an und bittet um Stillschweigen über das Telefonat vom 08. September.
- 12./13. September In der Nacht zum 13. hält Jansen den Verlauf des "Lysia"-Treffens in einem Vermerk schriftlich fest. In dieser Niederschrift findet weder sein Disput mit Schulz am Ende des "Lysia"-Treffens noch dessen Idee einer von Pfeiffer abzugebenen EV Erwähnung.
13. September (Wahlsonntag) Engholm behauptet öffentlich, erstmals von den Vorwürfen gehört zu haben.

XIV

17. September (Donnerstag) "Stem"-Bericht über den Kronzeugen Pfeiffer, in dem es heißt: "Auch Sozialdemokraten trauen ihm nicht. Bevor sich Pfeiffer beim "Spiegel" als Kronzeuge anbot, hat er seine Erzählungen der Kieler SPD offeriert und als Referenz Genossen aus Bremen angegeben. Als Kieler Sozialdemokraten bei Klaus Grobecker nachfragten, warnte der: Laßt lieber die Finger von dem."
Im Zusammenhang mit den Recherchen des "Stem" bittet Jansen nochmals Grobecker "dichtzuhalten".
17. September Jansen sucht RA Schulz auf und mahnt ihn zum Stillschweigen.
18. September (Freitag) Ehrenwort-Pressekonferenz Dr. Barschels, der darin eine Reihe falscher Behauptungen aufstellt.
18. September Pressekonferenz Engholms, in der dieser erklärt: "Wir haben das nachgeprüft. Es gibt weder beim Landesvorstand noch beim Fraktionsvorstand, noch bei mir, noch sonstwo eine erkennbare Anlaufstelle für Herrn Pfeiffer".
21. September "Spiegel" überweist DM 165.000 an Pfeiffer über dessen Anwälte.
- Ende September Nilius läßt sich von Mumme das "AIDS-Papier" aushändigen.
01. Oktober Vernehmung Engholms durch die StA Lübeck, die ihm bekannt gibt, daß unter dem 16. Juli 1987 in dem beschlagnahmten Terminkalender des Beschuldigten Pfeiffer die Notiz "17.00 Uhr GWH Legienstraße Nili" eingetragen ist und von Pfeiffers Dienstapparat am 17.02. Engholms Privatnummer angewählt wurde.
02. Oktober Dr. Barschel tritt zurück, der Landtag setzt PUA ein.
05. Oktober Jansen spricht mit Engholm über das "Lysia"-Treffen.
07. Oktober Jansen unterrichtet den Landesvorstand über "Lysia"-Treffen.
07. Oktober Finanzminister Asmussen berichtet vor dem Untersuchungsausschuß von dem Telefonat Dr. Barschel/Dr. Schleifer vom Februar über die Steueranzeige.

XV

08. Oktober Dr. Barschel, der von der Aussage des Finanzministers Asmussen Kenntnis erlangt hat, teilt in einem Fernschreiben Asmussen mit, es stimme nicht, daß er früher einmal mit Dr. Schleifer über die Steueranzeige gesprochen habe.
08. Oktober Dr. Barschel teilt in einem Fernschreiben dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Kribben mit, "ich werde kämpfen, damit die volle Wahrheit ans Licht kommt. Aufgrund einer Information, die ich vor einigen Tagen erhalten habe, und der ich noch am Wochenende persönlich nachgehen werde, könnte ich vielleicht schon am Montag einen wesentlichen Beitrag zur Aufklärung leisten."
08. Oktober Vernehmung von Nilius durch die StA Lübeck; Nilius macht eine am folgenden Tag veröffentlichte schriftliche Erklärung zum Gegenstand seiner Aussage.
09. Oktober Jansen und Nilius offenbaren in einer Pressekonferenz Kontakte zu Pfeiffer.
11. Oktober Tod Dr. Barschels in Genf.
20. Oktober Auflösungsvertrag zwischen Pfeiffer und dem "Springer"-Verlag; Pfeiffer erhält DM 45.000,00 als "Abfindung".
22. Oktober "Stern" berichtet, Pfeiffer habe "sich schon im Frühjahr über den Bremer Finanzsenator Claus Grobecker um einen Kontakt zur schleswig-holsteinischen SPD-Spitze bemüht, weil er auspacken wollte".
13. November Pfeiffer macht in einem Zivilverfahren bei dem Landgericht Bremen eine falsche Alibi-Aussage zugunsten von Postel. Pfeiffer wurde deshalb am 27. Oktober 1989 vom Amtsgericht Bremen zu einer Geldstrafe von DM 6.000,00 verurteilt.
24. November Arbeitsverhältnis zwischen Jutta Schröder und der Landesregierung wird einvernehmlich aufgehoben.
08. Dezember Dr. Ebel wendet sich in einem ersten Schreiben für Jutta Schröder an den Abg. Bömsen.

XVI

1988

11. Januar Jutta Schröder erkundigt sich in einem Schreiben an Engholm nach Einstellungsmöglichkeiten im Bereich der SPD-Landtagsfraktion.
- Januar Der Persönliche Referent Engholms antwortet im Namen Engholms und kündigt an, im Falle der Regierungsübernahme auf das Anliegen zurückzukommen.
- Februar Pfeiffer und Jutta Schröder trennen sich; Pfeiffer zieht zurück nach Bremen und ist arbeitslos. Hierüber wird im einzelnen berichtet.
05. Februar Der 1. Untersuchungsausschuß der 11. WP schließt seine Arbeit mit Bericht ab.
12. Februar Dr. Ebel bittet in einem Schreiben an Bömsen erneut um Hilfe für Jutta Schröder.
16. Februar Bömsen fordert in einer Landtagsrede: Ein Neubeginn im Lande sollte an dieser Frau (Schröder) nicht vorbeigehen.
- 18./19. Februar Dr. Ebel bittet Dr. Schwarz um Prüfung der Wiedereinstellung von Jutta Schröder.
07. März Pfeiffer erstattet unter Bezugnahme auf den Bericht des Untersuchungsausschusses Strafanzeige gegen den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Dr. Witt wegen Falschaussage.
24. März Prüfungsergebnis der Einstellung Jutta Schröder wird in einem Vermerk in der Staatskanzlei zusammengefaßt.
25. März Jutta Schröder schreibt an Dr. Schwarz und bittet um Aufhebung der Vereinbarung vom 24. November 1987.
- 26./29. März
18. April Dr. Ebel wendet sich mit gleichem Anliegen an Dr. Schwarz.
27. April Gespräch zwischen Chef der Staatskanzlei Dr. Boysen und Jutta Schröder. Keine Zusage auf Wiedereinstellung.

XVII

28. April Dr. Ebel bittet Dr. Boysen erneut schriftlich erfolglos um Wiedereinstellung von Jutta Schröder.
08. Mai Landtagswahl
09. Mai Dr. Ebel schreibt an Bömsen: "Ich weiß die Belange von Jutta Schröder bei Ihnen, Herr Bömsen, in guten Händen."
17. Mai Pfeiffers Anwälte übermitteln Vergleichsvorschlag im Arbeitsgerichtsverfahren.
18. Mai Pfeiffer und Jantschar fertigen Schreiben an Engholm mit 8 Interviewfragen, in denen u. a. Pfeiffers Anteil am SPD-Wahlsieg und die eigene Verliererposition dargestellt werden und nach Hilfe für Pfeiffer gefragt wird.
23. Mai Bömsen antwortet Dr. Ebel: "Jutta Schröder wird geholfen werden."
26. Mai Telefonat Pfeiffer/Nilius
30. Mai Telefonnotiz Pfeiffers über sein Telefonat mit Nilius, wonach dieser Engholms Ablehnung des gewünschten Interviews mitgeteilt habe; die Interviewfragen seien sehr brisant formuliert; Nilius habe ein persönliches Gespräch am 15. Juni vorgeschlagen.
31. Mai Regierungsbildung
- Anfang Juni Pfeiffer ruft bei Staatssekretär Dr. Pelny an, und bittet um berufliche Hilfe für Jutta Schröder (von der er sich Anfang des Jahres getrennt hatte).
Dr. Pelny lehnt jeden Vergleich im Arbeitsgerichtsverfahren Pfeiffers ab.
01. Juni Dr. Pelny verfügt in der Personalakte Jutta Schröder den Auftrag, einen neuen zusammenfassenden Vermerk vorzulegen.
07. Juni Dr. Pelny verfügt in Personalakte "Wiedervorlage 24. Juni/Staatssekretärsbesprechung"
08. Juni Jutta Schröder schreibt an Engholm und bittet um Wiedereinstellung in den Landesdienst.

XVIII

09. Juni Pfeiffers Anwälte im Arbeitsgerichtsverfahren bitten das Arbeitsgericht in Erwartung einer einvernehmlichen Beilegung des Rechtsstreites um Aufhebung des für den 16. Juni anberaumten Termins zur mündlichen Verhandlung.
09. Juni Jutta Schröder wird in Schleswig im Disziplinarverfahren Ahrendsen als Zeugin gehört.
- Mitte Juni Jutta Schröder berichtet in einem persönlichen Gespräch Bömsen vom Verlauf ihrer Vernehmung in Schleswig.
- Mitte Juni Treffen zwischen Nilius und Pfeiffer in der Nordheide; beide besprechen ihre persönliche Situation und vereinbaren für den Fall künftiger Kontaktaufnahme Decknamen.
15. Juni Dr. Ebel schreibt erneut an Bömsen und bittet um alsbaldige Entscheidung auf Einstellung von Jutta Schröder.
20. Juni Callies vermerkt im Auftrag Dr. Pelny's die bisherige Tätigkeit und Eingruppierung von Jutta Schröder im Bereich der Landesregierung.
- Sommer Dr. Pelny erteilt Callies den Auftrag, Jutta Schröder als Vorzimmerkraft des Bürgerbeauftragten einzustellen.
- Sommer Jansen fragt Verleger Naumann nach Pfeiffers Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
24. Juni Dr. Pelny spricht den Einstellungsvorgang Jutta Schröder in der Staatssekretärsbesprechung an.
- Juli Pfeiffer und Jabs ziehen zusammen.
07. Juli Dr. Pelny schreibt im Auftrag Engholms Jutta Schröder, es werde angestrebt, sie im Bereich der Landesregierung wieder einzustellen.
12. Juli Besprechung im Finanzministerium: Simonis, Dr. Pelny, Gärtner, Glombig. Die Runde akzeptiert Glombigs Wunsch, daß seine bisherige Bonner Mitarbeiterin als Vorzimmerkraft des Bürgerbeauftragten eingestellt und nach BAT IV b entlohnt werde.
13. Juli Pfeiffers Klage im Arbeitsgerichtsverfahren wird abgewiesen.

XIX

15. Juli
Pfeiffer stellt sich erfolglos in Kassel beim Wochenblatt "Extratip" vor.
25. August
Vorbereitete Einstellungsverfügung betr. Jutta Schröder für den Bereich MNU wird von Dr. Pelný nicht unterschrieben.
12. September
Jutta Schröder stellt sich erfolglos im Frauenministerium vor.
- nach 12. September
Maier-Reimer trifft sich mit Jutta Schröder im Arkaden-Cafe. Sie bereitet danach die Einstellung von Jutta Schröder im Bereich des Bürgerbeauftragten im Einvernehmen mit Dr. Pelný vor.
- Herbst
Nilius kündigt Pfeiffer telefonisch an, ihm etwas übergeben zu wollen.
01. Oktober
Formeller Beginn der Wiederbeschäftigung Jutta Schröders als Vorzimmerdame des Bürgerbeauftragten Glombig mit tariflicher Höherstufung; Jutta Schröder übt die ihr mit der Stelle zugewiesene Funktion in der Folgezeit nicht aus.
04. Oktober
Vorstellungsgespräch Jutta Schröder als Vorzimmerkraft des Stellvertreters des Bürgerbeauftragten Hoiczky im Beisein Glombig, Maier-Reimer. Die Stelle ist im Haushalt nicht ausgewiesen.
04. Oktober
Glombig erhält Ernennungsurkunde. Er berichtet gegenüber Dr. Pelný und Engholm, daß Jutta Schröder zukünftig als Vorzimmerkraft seines Stellvertreters arbeiten wird.
05. Oktober
Jutta Schröder nimmt ihre Tätigkeit als Vorzimmerkraft des Stellvertreters des Bürgerbeauftragten auf.
05. Oktober
Bericht über die finanzielle/soziale Situation Pfeiffers in der "Quick".
22. Oktober
"Spiegel" veröffentlicht Pfeiffer-Brief, in dem dieser erstmals behauptet, daß auch Dr. Stoltenberg von anonymer Steueranzeige gewußt habe.

XX

04. November Dr. Peiny unterzeichnet Verfügung an Jutta Schröder, mit der sie als Vorzimmerkraft des Bürgerbeauftragten rückwirkend zum 1. Oktober eingestellt wird. Die Eingruppierung erfolgt außertarfflich in BAT V b, sobald sie sechs Monate Bewährung geleistet hat. Glombig nimmt dies lediglich zur Kenntnis.
- Anfang November Nilius übergibt Geldpaket mit DM 25.000 an Pfeiffer.
11. November Frau Jabs zahlt von diesem Geld DM 23.000 auf ein Konto bei der Deutschen Bank in Bremen ein.
- 1989**
01. März Nilius wechselt in die Staatskanzlei und wird ein Referent Engholms.
31. März Ende der Bewährungszeit Jutta Schröder. In einem Vermerk der Staatskanzlei heißt es, daß Jutta Schröder sich sechs Monate lang in der Tätigkeit der Vorzimmerkraft des Bürgerbeauftragten bewährt habe.
- August Gespräch Jansens mit Buchhändler Hoffmann und Journalist Buhmann über Notwendigkeit einer Hilfe für Pfeiffer.
- Spätsommer/Herbst Umfängliche Berichterstattung über soziale Lage Pfeiffers.
- November Weitere Geldübergabe; Jabs öffnet anschließend mit Pfeiffer das Paket, das banderolierte Geldbündel von insgesamt DM 25.000 enthielt.
- 1990**
- Juni Gespräch Jansen/Fleck. Fleck verfaßt abends hierzu ein Gesprächsprotokoll auf Tonband-Kassette.
- 1991**
18. November Die Personalreferentin der StK Berger weist in einem Vermerk auf den rechtswidrigen Einsatz von Jutta Schröder hin.
- 1992**
- August Pfeiffer und Jabs trennen sich. Dr. Schäfer erfährt in Ansätzen von Zahlungen an Pfeiffer.

1992

- Oktober Thranow wendet sich mit Bemerkungen zum Gesundheitswesen an Engholm.
30. November Bitte aus der Staatskanzlei erreicht Fleck, Thranow noch eine fachbezogene Antwort auf Kasette zu sprechen.
18. Dezember Fleck übersendet die von ihm besprochene Kasette an Thranow. Er benutzt dabei die Kasette, auf der er Gesprächsinhalte des Gesprächs mit Jansen (Juni 1990) vermerkt hatte.
20. Dezember Thranow schickt Engholm persönlich die von Fleck besprochene Kasette zurück, weist im Anschreiben auf einen Teil hin, der nicht für seine Ohren bestimmt sei und den er vergessen habe.

1993

13. Januar Jabs gibt dem "Stern" erste Informationen über Geldzahlungen von Nilius an Pfeiffer.
19. Januar Dr. Schäfer informiert den Journalisten Kalinka über Geldzahlungen an Pfeiffer.
27. Januar Dr. Schäfer ruft Staatsanwalt Schulze-Ziffer in Kiel an und berichtet von Geldzahlungen an Pfeiffer. Schulze-Ziffer legt hierüber einen Vermerk an.
01. Februar Staatsanwaltschaft Kiel leitet BeStra-Bericht über die Informationen von Dr. Schäfer an das Justizministerium weiter.
03. Februar Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Schleswig berichtet gegenüber dem Justizministerium.
04. Februar Staatssekretär Jensen zeigt Dr. Pelny den BeStra-Bericht vom 1. Februar.
05. Februar Jensen leitet den BeStra-Bericht an Dr. Pelny weiter und berichtet am Rande einer Tagung Franzen über Gerüchte von Zahlungen aus einem SPD-Fonds an Pfeiffer.
08. Februar Pressesprecher Rink nimmt BeStra-Bericht vom 1. Februar zur Kenntnis und vermerkt am Rand einen Hinweis auf das von Dr. Schäfer geschriebene Buch "Barschel kontra Pfeiffer".

XXII

- Mitte Februar Dr. Peiny informiert Engholm, daß es bei der Staatsanwaltschaft Kiel einen Hinweis auf Zahlungen seitens der SPD Schleswig-Holstein an Pfeiffer gebe und der "Stern" darüber eine Veröffentlichung plane.
- Mitte Februar Franzen fragt Kindsmüller, ob er etwas davon gehört habe, daß SPD-Gelder an Pfeiffer geflossen seien.
26. Februar Pfeiffer wird von "Stern"-Redakteuren mit Erkenntnissen über die Geldzahlungen konfrontiert. Im Anschluß daran versucht er, Jabs telefonisch dazu zu bewegen, zu diesem Sachverhalt nichts zu sagen.
26. Februar "Stern"-Redakteur Sandmeyer konfrontiert Nilius mit den Erkenntnissen des "Stern" von den Geldübergaben an Pfeiffer.
26. Februar Nilius berichtet zunächst dem Pressesprecher Rink über sein Gespräch mit dem "Stern"-Redakteur. Danach informiert er telefonisch Dr. Peiny, der sich gemeinsam mit Engholm in Potsdam aufhält. Dr. Peiny gibt seine Informationen an Engholm weiter.
27. Februar Nilius berichtet Jansen von der bevorstehenden Veröffentlichung im "Stern". Jansen erkundigt sich in einem weiteren Gespräch bei Nilius nach den Daten der Geldübergaben.
27. Februar Gespräch Jansen/Hoffmann im Hause Jansen.
28. Februar Jansen trifft sich um 15.00 Uhr mit Dr. Peiny und berät sich mit ihm. Sie vereinbaren, Bömsen, Piecyk, Kindsmüller und Engholm noch am Abend umfassend zu informieren.
28. Februar Ab 18.00 Uhr tritt die Runde zusammen. Auf dem Tisch liegt ein vorbereitetes Schreiben, mit dem Jansen die Öffentlichkeit über die Zahlungen an Pfeiffer zu unterrichten beabsichtigt.
01. März Jansen gibt gemeinsam mit seiner Ehefrau eine Pressekonferenz im Landeshaus.
01. März Die Staatsanwaltschaft Kiel erklärt, daß ihr die Pressemeldungen über die Kontakte zwischen Pfeiffer und Nilius bekannt seien.

XXIII

02. März "Bild"-Journalist Rosenbaum befragt Jansen über die Geldzahlungen.
04. März Pressekonferenz über die BeStra-Berichte. Dr. Peiny fordert die Berichte vom 3. und 9. Februar an.
04. März Beratergespräch mit Engholm, Börsen, Dr. Peiny, Kindsmüller, Piecyk und Gansel sowie teilweise Jensen und Rink. Thema: Umgang mit den BeStra-Berichten sowie Umgang mit Jansen und Nilius bis zum Abschluß des erwarteten Untersuchungsausschußverfahrens.
10. März Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode.
11. März Nilius informiert Kindsmüller über seine Absicht, eine öffentliche Erklärung abzugeben. Er erwähnt, daß seiner Kenntnis nach das an Pfeiffer übergebene Geld zum großen Teil nicht von Jansen stamme.
15. März Nilius gibt in öffentlicher Erklärung zu, den Untersuchungsausschuß 1987 mehrfach belogen zu haben. Zudem enthält die Erklärung Angaben zu den Geldübergaben.
16. - 18. März In unterschiedlichen Runden wird das weitere Vorgehen beraten. Die Schweigepflichtsentbindung von RA Schulz wird dabei thematisiert.
18. März Gansel fährt im Auftrag Engholms in Begleitung von Kindsmüller nach Wismar. Auf der Fahrt erfährt er von Kindsmüller, daß Nilius davon berichtet habe, daß das Geld nicht ausschließlich von Jansen stamme. In Wismar erfährt er von RA Schulz, daß Engholm in der Nacht vom 7. auf den 8. September 1987 über das "Lysia"-Gespräch informiert worden war.
18. März Gansel sucht auf der Rückfahrt in Lübeck einen Finanzbeamten auf, der Engholm nach dessen Angaben über den Vorgang der anonymen Steueranzeige 1987 informiert haben soll. Der angebliche Hinweisgeber bestätigt dies nicht.
18. März Gansel berichtet Engholm über das Gespräch mit RA Schulz. Kindsmüller informiert ihn über die Angaben Nilius' zur Herkunft des Geldes.

XXIV

19. März Kindsmüller erklärt gegenüber Piecyk, daß er Informationen habe, nach denen das Geld nicht ausschließlich von Jansen stamme.
20. März Weitere Beraterrunde.
20. März Kindsmüller und Piecyk befragen Jansen zu den Angaben von Nilius über die Herkunft des Geldes.
20. März Kindsmüller und Nilius telefonieren mehrfach miteinander. Kindsmüller legt hierüber einen Vermerk an.
21. März Nilius erklärt Jansen in einem Telefonat, daß er Engholm erklären werde, wie das "Mißverständnis", es gebe andere Geldgeber, entstanden sei.
21. März Engholm gibt in einer Beraterrunde bekannt, daß Jansen ihm seinen Rücktritt vom Ministeramt angeboten habe und er dieses Angebot annehmen wolle. Die Runde beschließt "Formulierungshilfen" für Jansens Rücktrittserklärung.
22. März "Spiegel" veröffentlicht eine Erklärung Engholms, nach der RA Schulz nicht in seinem Auftrag am "Lysia"-Gespräch teilgenommen habe.
22. März Gansel teilt Engholm seine Überlegung mit, daß er sich möglicherweise durch eine teilweise Entbindung des Rechtsanwalts Schulz von seiner Schweigepflicht aus dem "Schlimmsten" heraushalten könne.
23. März Jansen tritt vom Amt des Sozialministers zurück.
23. März RA Schulz und sein Sozium sowie Engholm, Dr. Pelny und Gansel beraten gemeinsam eine mögliche Entbindung des Rechtsanwalts Peter Schulz von seiner Schweigepflicht mit dem Ergebnis, daß sowohl Jansen als auch Engholm RA Schulz teilweise von der Schweigepflicht entbinden sollten.
26. März Gansel versucht, Engholm davon zu überzeugen, bei seinen geplanten Auftritten auf SPD-Kreisparteitagen in seiner Rede den Satz zu streichen, daß "er seinen Aussagen im damaligen Untersuchungsausschuß nichts hinzuzufügen habe".

XXV

27. März Engholm spricht auf den Kreisparteitagen in Kiel, Rendsburg und Segeberg. Er führt dabei unter anderem aus: "Und noch eines in eigener Sache: Meinen Aussagen im damaligen Untersuchungsausschuß habe ich nichts hinzuzufügen."
28. März Gansel gelangt zu der Überzeugung, daß Engholm seine Aussage öffentlich korrigieren müsse.
29. März Gansel fordert Engholm auf, seine Aussage zu berichtigen.
30. März Gansel erörtert mit RA Schulz die Handhabung einer teilweisen Entbindung von der Schweigepflicht.
30. März Engholm versucht, Gansel von seiner Haltung abzubringen, daß er (Engholm) seine Aussage korrigieren müsse.
30. März RA Schulz trifft Engholm abends in Kiel.
31. März Engholm bekräftigt in einem Interview mit der "Augsburger Zeitung" und in der Sendung des ZDF "Was nun, Herr Engholm?" seine Aussage vor dem Ausschuß 1987.
01. April Gansel und Dr. Pelny beraten die Situation Engholms.
05. April Gansel versucht, Engholm erneut davon zu überzeugen, "mit der Wahrheit zu kämpfen".
07. April Gansel deutet gegenüber Simonis an, daß Engholm noch in der Nacht vom 7. auf den 8. September 1987 von RA Schulz über das "Lysia"-Gespräch informiert worden sei.
10. April Gansel berät sich mit Piecyk und entschließt sich, den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Johannes Rau, zu informieren.
12. April Gansel unterrichtet Rau davon, daß Engholm vor dem Ausschuß 1987 die Unwahrheit gesagt habe.
17. April Engholm informiert Dr. Pelny über seine Absicht, von allen Ämtern zurückzutreten, weil er vor dem Ausschuß 1987 gelogen habe.

XXVI

18. April Gansel berichtet Engholm von seinem Gespräch mit Rau. Engholm gibt ihm seine Rücktrittsabsicht bekannt.
20. April Engholm setzt Gansel von seiner Absicht in Kenntnis, RA Schulz vollständig von der Pflicht zur Verschwiegenheit zu entbinden.
21. April Beginn der öffentlichen Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses mit der Aussage des Betroffenen Jansen.
22. April Engholm gibt gegenüber Dr. Peiny, Piecyk, Walter, Bömsen und Jansen seine Rücktrittsabsicht bekannt.
03. Mai Engholm erklärt öffentlich seinen Rücktritt.
01. September Vorlage des Berichts des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung des Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und Landesbeauftragte für Behinderte.
22. September Pfeiffer versucht Jabs dahin zu beeinflussen auszusagen, das Geld sei nicht banderoliert gewesen.

Die Zeitleiste der politischen Affären zwischen 1987 und 1995, aus dem Abschlussberichts des „Schubladenausschusses“.

(Quelle: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 13/2225.)